

wurden be-
of 3 und 4
der damit
er Unfälle.
Arbeitsstelle
ar bewiesen
insbesondere
et, wodurch
Zum Glück
nun ange-
Borßländen
Dissipita zu
ersteine zu
Hendt.

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertbilliger Monatenspiegel durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0.65 M.
Bei freier Bestellung durch den Briefträger
im Hause 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Dirig.-Vorstand).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/23.

Anzeigen pro Seite:
Geschäftsamt: 25 Pf., Familienamt: 15 Pf.
Vereinsamt: 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/23.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 7720.

Mr. 52.

Berlin, Mittwoch, 14. November 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Vergleichsata.
Zur Wiederaufrichtung des Reichstages. — Das Gutachten des Berliner Handelskammer über Heimarbeit. — Arbeitstätigkeit und Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkverein-Zell. — Verbands-Zell. — Einzelgen-Zell.

Zur Wiederaufrichtung des Reichstages.
Am heutigen Dienstag nimmt nach beinahe halbjähriger Pause der Deutsche Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Mit Spannung steht das Volk und insbesondere die Arbeiterschaft in seinen Verhandlungen entgegen. Ob man doch nur allzu sehr geneigt, von ihm Rettung und Abhilfe zu erwarten, wenn irgend ein Druck auf die Bevölkerung ruht. Und schwer genug lastet wahrlich die allgemeine Erinnerung gerade auf den Schultern des arbeitenden Volkes.

Wird die wieder aufgenommene parlamentarische Sesslon die auf sie gelegten Hoffnungen erfüllen? Wird sie uns eine Erleichterung von dem Lernerungsdruck bringen, unter dem wir schwanken? Wird sie den bestehenden Wünschen auf sozialpolitischen Gebiete Rechnung tragen?

Die Antwort auf diese und ähnliche Fragen, die sich unwillkürlich aufdrängen, ist schwer zu geben. Selbst die Debatte, die sich an die sicherlich gleich in den ersten Tagen zur Befreiung kommende Interpellation über die Fleischsteuerung schließen wird, dürfte nur wenig Klarheit bringen. Gewiss wird der Reichstag Gelegenheit nehmen, die Stellung der Reichsregierung zu dieser im Vordergrunde des öffentlichen Interesses stehenden Angelegenheit darzulegen. Viel gesagt werden aber dürfte dadurch kaum. Auf eine ausreichende Öffnung der Grenzen wagen wir kaum zu hoffen. Dazu benötigen die Unterlagen zu starter Einfluss. Und wenn selbst der preußische Landwirtschaftsminister jetzt wirklich seinen Abdruck nehmen sollte, ist kaum mit einem Wechsel im System zu rechnen. Schon der Name des Freiherrn v. Mantensel, der als Nachfolger des Herrn v. Bobbielski genannt wird, besagt deutlich, daß die alte Kummer des Fadens weiter gepfounnen werden wird.

Also rosig sind die Aussichten keineswegs, die sich uns in dieser Beziehung eröffnen. Wenn wir uns irren, umso besser!

Ebenso dunkel ist die Zukunft der sozialpolitischen Angelegenheiten, die den Reichstag in diesem Winter beschäftigen werden. Alzo reichlich wird ja die Ausdeute auch hier nicht sein. Da ist zunächst das Hilfsfassungsrecht, dessen zweite Leistung die Volksvertretung vorzunehmen ha. Auch in der Fassung, die der Entwurf in der Kommission erhalten hat, halten wir die Vorlage für unzureichend und müssen dringend wünschen, daß der Reichstag diesem Gesetz seine Zustimmung verleiht.

Ihre endgültige Regelung scheint die Schaffung einer ständigen Arbeiterversetzung entgegenzugehen. In diesen Tagen brachte nämlich die halb offizielle Köln. Ag. die Nachricht, Graf Posadowsky habe dem Staatsministerium einen Gesetzentwurf über Arbeitskammern vorgelegt. Der Inhalt, daß es in der Ueberschrift Arbeitskammern und nicht Arbeiterkammern heißt, läßt darauf schließen, daß die in Aussicht genommenen Körperschaften paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengestellt werden sollen. Einer Kritik des Entwurfs müssen wir uns billigerweise noch enthalten, da uns über seinen Inhalt bisher

nichts bekannt geworden ist. Zeit wird es jedenfalls, daß auf diesem Gebiete auch für die Arbeiter endlich eine zweckmäßige Errichtung geschaffen wird, die für andere Bevölkerungsklassen schon längst besteht.

Die für uns augenblicklich wichtigste Frage ist die bestimmt vertragene Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine. Dieses weitere Wort zur Begründung dieser von den Gewerkvereinen von jeder vertretenen Forderung halten wir heute für überflüssig. Die Regierung kann auch nicht mehr umhin, ihren Entwurf dem Reichstage nun endlich vorzulegen. Denn lange genug hat man mit der Einbildung des vor Jahresfrist gegebenen Versprechens gejedert. Bemerkenswert ist es jedenfalls, daß schon jetzt, ohne daß man den Inhalt der Gesetzesvorlage kennt, eine lebhafte Diskussion begonnen hat über die Mindestanprüche, die an sie gestellt werden müssen. Je nach der Stellung des betreffenden Blattes sind natürlich auch die Anforderungen verschieden, und wenn diese Differenzen auch bei der Beratung im Reichstage zum Ausdruck gelangen, dann ist es schließlich nicht ausgeschlossen, daß die jegliche Aktion der Reichsregierung verlaufen wird wie das hornderger Schießen. Im Interesse der Sache wäre das sehr zu bedauern; denn es ist kaum anzunehmen, daß, wenn jetzt nichts zustande kommt, in absehbarer Zeit die Regierung sich von neuem zu gesetzesberichtigem Vorgehen in dieser Frage entschließen wird. Für ein vernünftiges Seje findet Graf Posadowsky im Reichstage eine Mehrheit. Hoffentlich läßt er sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen.

Soñt ist auf sozialpolitischem Gebiete einfacher nichts zu erwarten. Es ist herzig wenig, was man der Arbeiterschaft zu bieten beabsichtigt. Wie dann wenigstens aber das Wenige, was man schafft, den berechtigten Wünschen entsprechen. In diesen Tagen (17. November) werden es 25 Jahre, daß jene Kaiserliche Botschaft erging, durch welche die deutsche Arbeiterversicherung eingeleitet wurde. Es ist seitdem zweifellos vieles geschieht zum Wefter der Arbeiter. Alle Erfolge aber würden in Frage gestellt, wollte man jetzt auf der beschrittenen Bahn der sozialen Reform plötzlich stehen bleiben. Das Tempo ist wahrlich ein außerordentlich langsames. Hätte man sich, daß nicht ein völliger Stillstand eintrete. Wenn die Regierung veragt, dann möge der Reichstag selbst die Initiative ergreifen. Bis in die Reihen der Nationalliberalen hinein reicht die Unzufriedenheit über die geringen sozialpolitischen Leistungen. Die Tätigkeit des Reichstages jedoch wird ja in aller Kürze zeigen, ob das nur Redensarten sind, oder ob man gewillt ist, energetischer als bisher auf dem Wege der sozialen Reform fortzuschreiten.

Das Gutachten der Berliner Handelskammer über Heimarbeit.

Unter dem erschütternden Einbruch der Berliner Heimarbeiterausstellung beschloß die Handelskammer die Verhältnisse der Heimarbeit einer Untersuchung zu unterziehen. Die Befragung geschah bei den Unternehmen und den Zwischenmeistern. Der wirkliche Zweck der Umfrage war wohl, das trübe Bild der Heimarbeiterausstellung mit einigen freundlichen Sonnenstrahlen zu beleben, damit der Reichstag bei Beratung der Heimarbeiterschutzgesetze nicht allzu strenge Maßnahmen gegen die Unternehmer und Zwischenmeister ergreifen möge. Die Arbeit ist dennoch verdienstlich, denn die Erforschung der Wahrheit macht eine mehr-

seitige Bedeutung des Gegenstandes notwendig. Die Erhebungen der Handelskammer nahmen 6 Monate Zeit in Anspruch. Das Ergebnis ist jedoch unter dem Titel: "Die Heimarbeit in Berlin", als Handelskammerbericht der Öffentlichkeit übergeben worden, um auch den Heimarbeitern Gelegenheit zu geben, sich zur Sache zu äußern.

In der in großem Format herausgegebenen Denkschrift wird als ein wichtiges Argument angeführt, daß die in der Heimarbeiterausstellung zur Schau gestellten Artikel meistens von geringer Beschaffenheit gewesen, auch von ungelenken Arbeitern verfertigt seien und demzufolge auch kein Gesamtbild von den gangbaren Methoden der betreffenden Branche hätten geben können. Die Preisangaben auf den Lohnstücksteinen im allgemeinen zutreffend, dagegen die Angaben der Arbeitszeit fast stets zu hoch gewesen. Als Beweis wird unter anderem das Gutachten eines Fachverständigen Schneidermeisters (Zwischenmeister) angeführt, der beispielweise die Arbeitzeit für einen geringeren Wäschehandschuh, welcher im Ausstellungs-Katalog mit 5 Stunden bezeichnet ist, auf 3 Stunden taxiert, darnach also der Stundenverdienst nicht 12, sondern 20 Pf. betrugen würde. Auch lautet der Fachverständige Meister die Zutaten, für die eine Arbeiterin 15 Pf. zahlen muß, schon für 10 Pf.

Die Vorteile der Heimarbeit für den Unternehmer werden in der Denkschrift aufgestanden, und zwar in zweifacher Hinsicht: Die Entlastung von der Sorge um Beschaffung umfangreicher Arbeitsräume und Betriebsseinrichtungen und die Entlastung von dem Risiko, daß im Halten eines festen Arbeitersonnals besteht. Es sei aber eine Übertriebung zu behaupten, daß die Heranziehung und das Abschöpfen von Arbeitern vollständig in die Wirtschaft des Unternehmers gestellt sei, denn die Natur der Dinge, die Lage des Arbeitsmarktes und vergleichbar habe hier Schranken gezeigt. Der Umstand, daß der Gründer eines Geschäfts von der Sorge um Arbeitsraum und Arbeitspersonal nicht beunruhigt wird, berge den Reich zu Neuerwerbungen, die die Branche überfüllen und somit dem Unternehmer zum Nachteil werden. Als ein Nachteil für den Geschäftsbetrieb sei auch der Umstand anzusehen, daß die Wahrung des Fabrikgeheimnisses in Bezug auf Modelle, Muster und Arbeitsmethoden in Unternehmen, die sich der Heimarbeit bedienen, sehr erschwert sei.

Das bei den Arbeitern verhafte Zwischenmeistersystem ist in der Denkschrift sehr günstig beurteilt, was nicht Wunder nehmen darf, da die Berliner Großfamilien ohne diese Errichtung kaum bestehen könnten. Nach den Ermittlungen der Handelskammer soll die Familie, die dem Heimarbeiter als Lohn zustellt, die Hälfte bis zwei Drittel des Arbeitspreises betragen, den der Zwischenmeister vom Unternehmen erwirtschaftet. Der übrigverbleibende Betrag stellt das Bruttoeinkommen dar, also den Entgelt für die Geschäftsaufgaben des Zwischenmeisters, dessen Rettungsdiensst sehr verschieden sei. In der Damen- und Kinderkonfektion soll ein Zwischenmeister, welcher 8 bis 10 Heimarbeiter beschäftigt, ein jährliches Einkommen von 2000 bis 2500 Mark haben. Die Meinung, daß der Zwischenmeister mit leichter Hand beträchtliche Gewinne erranke, gefalle in nichts.

Zugesandt wird in dem Bericht, daß in verschiedenen Branchen die weiblichen Heimarbeiter in ihrer erdrückenden Mehrzahl verheiratet sind und die Arbeit dieser Frau sich als Zusatzverdienst zum Verdienst des Mannes darstellt. Auch wird angegeben, daß bei den männlichen Heimarbeitern die Ehefrauen hilfreiche Hand gewähren. Durch Ausübung aus den Lohnlisten verschiedener Firmen, denen die Lohn- und Gehaltslisten der Männer beigelegt sind, wird der Nachweis ver sucht, daß der Zusatzverdienst der Frauen nicht den Verdienst der Männer beeinträchtige. Der Umfang der Beschäftigung der Ehefrauen werde durch eine Verteilung von Gründen bestimmt, durch Rücksicht auf die Kinderzahl, durch

Arbeiterbewegung. In der Maschinenfabrik "Unterop" in Berlin sind Differenzen ausgebrochen, weil die Firma sich weigert, die neuständige Arbeitszeit mit einer entsprechenden Lohnverhöhung einzuführen. — In der Schleswigschen Maschinenfabrik, vorm. Richard Hartmann, in Chemnitz wollen die Arbeiter die Überstunden möglichst abschaffen; wenn sie aber unvermeidlich sind, sollen sie mit 25 Prozent Aufschlag vergütet werden. Daraufhin bewilligte die Direktion 20 Prozent, womit die Arbeiter sich aufreden erklären. — Die Reisemacher des Reichsgebietes haben mit ihren Arbeitgebern einen neuen Tarif abgeschlossen, der bis zum Herbst 1908 läuft und den Arbeitern eine zehnprozentige Lohnverhöhung angezeigt. — In Berlin sind in Gräfelfing und bei der Firma Frank die Metallarbeiter wegen nicht bewilligter Lohnforderungen in den Ausstand getreten. — Der Provinzialverband elektrotechnischer Betriebe für Schleswig-Holstein hat in allen zu ihm gehörenden Betrieben die Elektromontiere ausgepeitscht, weil bei einer Firma ein Ausstand ausgebrochen war. — Die Auspeitschung auf den Schleswig-Holsteinischen Schiffswerften dauert noch an. Am 6. November haben die Unternehmer beschlossen, sämtlichen Arbeitern zu kündigen, bis die Sperrre über die Firma Stöck & Kolle aufgehoben wird. Gleichzeitig sollen die Arbeiter, denen am 10. November gefeuht worden ist, am 24. November entlassen werden. Hilft auch diese Maßregel nichts, so sollen am 8. Dezember sämtliche Schiffswerften Deutschlands die Arbeit auspeitschen. — Die im Allort arbeitenden Getreide-Schauerleute Hamburgs sind in einer Sitzung von 600—700 Mann am Montag in den Streik eingetreten. Sie verlangen 5 Pg. Altkordlohn mehr für die Tonne. — Der Streiter der Hinnenscheider Elbe geht seinem Ende entgegen, da ein großer Teil der Arbeiter bereits die Arbeit wieder aufgenommen hat. — Wdhrend der Streik der Schuhmacher in Berlin beendigt war, dauerte die Auspeitschung der Fabrikshauptmacher fort. Jetzt haben auch diese durch Zurückziehung ihrer Forderungen die Bewegung aufgegeben. — Der über ein Vierteljahr währende Streik der Tapetenweberei der Firma M. Brogen & Sohn in Stralsund bei Berlin ist gegen Ende der Arbeit wieder aufgenommen worden. — Der Arbeitgeberverband schlesisch-thüringischer Webereien hat auf seiner außerordentlichen Generalversammlung in Greiz beschlossen, in allen zu ihm gehörenden Firma eine Lohnverhöhung um 5 p.M. einzutreten zu lassen. Es kommen gegen 250 Betriebe mit rund 20000 Arbeitern in Betracht. — In den Textilbetrieben in Emden i. W. sind über 1000 christlich organisierte Arbeiter ausgepeitscht worden. — Die Wida in Berlin hat eine Bewegung eingeleitet, um eine Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Lohnverhöhung durchzuführen. Ausgültige Beschlüsse liegen in einer am 20. November stattfindenden Versammlung geplant werden. — Der Streik der Hartgummiarbeiter in Berlin scheint in kurzem abgeschlossen zu sein, da einige Firmen die Forderungen der Verständigten bewilligt haben, die übrigen bereit in Verhandlungen eingetreten sind. — Der Streik in der Gummiwarenfabrik in Hannover ist allgemein geworden. Die Hartgummiarbeiter haben sich ihren Kollegen in der Weißgummiaufstellung angegeschlossen, so daß jetzt gegen 1400 Personen an dem Ausstand beteiligt sind. — Im Kohlenrevier von Niederrhein-Ostwestfalen ist ein partizipativer Streik der Grubenarbeiter ausgebrochen. — In den Webereibetrieben zu Berndorf ist am Montag ohne jeden Zwischenfall die Arbeit wieder aufgenommen worden. — Ein allgemeiner Streik der Bäcker gesellen droht in Madrid auszubrechen, da viele Meister sich geweigert haben, die Gelehrten, die in Aussicht gestellte Sonntagsruhe zu gehorchen.

Die zahlreichen Schläppen, die sich die "Bielbewohner" in unseren Versammlungen geholt haben, veranlaßt den "Stettiner Böllsbaten" die zu seinen Lefern gehörenden Schäflein zu warnen, in die Gewerbevereinsversammlungen zu gehen. Die Gewerbevereine möglichen nur Vorschriften, um die Mitglieder und die öffentliche Meinung irre zu führen.

Es ist aus dem Grunde auch unzulässig, daß gesetzte Arbeiter die Versammlungen, die vom Gewerbeverein einberufen werden, um ihre Gewerbevereine zu verhindern, besuchen. In solchen Versammlungen wird kein Erfolg erzielt und nur Zeit vergeudet. Es mag auch nichts, daß die unwahrscheinlichen Behauptungen der Gewerbevereinsleiter in den Versammlungen widerlegt werden, denn bei der nächsten Gelegenheit brauchen dieselben die Unwahrheiten doch wieder, um den Metallarbeiterverband über dessen Gewinnungsmaßnahmen zu verunsichern. Den Gewerbevereinsgeneralen ist längst klar, daß ihre Sache verloren ist und daß ein Streik nicht zu erreichen sein wird. Darum wäre es sehr angebracht, wenn von unsferer Seite die bezüglichen Versammlungen nur dann beachtet werden, wenn die Organisationsleitung nach rechtfertiger Erwähnung dazu aufgefordert hat. Dann muß aber von den Versammlungen selbst bei den unglaublichen Auspuffungen eine außergewöhnliche Ruhe bewahrt werden, wenn es auch schwer ist.

Durch verständige Grinde können die Zielbewußten in den Versammlungen nicht mehr wirken. Wirken können sie nur noch durch Auftreten in Massen. Darum sollen die Getreuen auch nur dann in unsere Versammlungen kommen, wenn sie dorthin abkommandiert werden. Es ist nicht unsere Art, den Gegner einzupöbeln", wie der "Böllsbote" behauptet. Gern glauben wir es ihm aber, daß es keinen Anhänger schwer wird, "eine außergewöhnliche Ruhe" in den Versammlungen Anderlenders zu bewahren. Es wäre höchstfreudlich, wenn darin eine Besserung eintreten könnte.

Als die Beiträge der Gewerbevereine niedrig waren, was sie gegenüber den Beiträgen in den Gewerkschaften auch heute noch sind, da hatten die Zielbewußten daran viel auszuleiden. Heute aber machen sie es den Gewerbevereinen zum Vorwurf, daß sie den größeren Anforderungen entsprechend, Beitragsverhöhung vorgenommen haben. Diese Tatsache wollen wir nur konstruktiv gegenüber den weiteren Bemerkungen des "Böllsboten". Die Gewerbevereine wären im übrigen ganz gewiss auf falschem Wege, wenn sie den Gehalt der "Zielbewußten" läden.

Die Christlich-isolale und die Zentrumsprese sucht den unsamen Nebel, den wir aus Köln melden, abzulegen. Wir haben und daran an einem Teilnehmer an jener Versammlung gewandt und um einen freien objektiven Bericht über die Vorgänge gebeten. Der Kollege schreibt uns:

Antwortlich ihres Briefes vom 7. November teile ich Ihnen darüber kurz folgendes mit: Gieselsch referierte über die unzulässige Handlungswelt des "Gütschinen" Metallarbeiterverbandes bei der Hüttenarbeiterbewegung an Rothe Erde, verpflichtete das von den "Christlichen" herausgegebene Blatt und stellte die wirklichen Tatsachen fest. Schon zu Beginn des Referates ging der Radau los. Ein junger Name von 18 Jahren wollte G. die Redakteur ersuchen. Der Radau wurde immer größer, so daß G. oft anhalten mußte. Während des Referates gingen an Kommando 10 Blattentwerter los und störten dadurch die Versammlung. Die Sitzung des Radaus lag in Händen des Vorsitzenden Schäffel, welcher sogar einen Christlichen, den Saal verboten war, in seinen Schub nahm. Schäffel rief zu Gieselsch hinüber während des Referates: "Du alter Stachler!" Radau Gieselsch seines Vorwurfs bedarf hatte, setzte eine Geschäftsförderungsrede ab und habe ich den Christen" die Erklärung abfordert, daß, wenn sie zu geben, das unsere Sente in ihren Versammlungen zu Wort kommen, daß sie dann auch hier das Wort bekommen sollen. Dies wurde angegeben und daran defam Schäffel u. a. "Gütschinen" Verband das Wort; er ging sehr aufstrengend gegen Gewerbevereine vor, lag das Blatt vom Himmel herunter, beleidigte Schäffel, Hartmann-Nader und den gesamten Generalrat. Dieser hätte den Abbruch des Streiks veranlaßt. Die Gewerbevereinsführer, die an der Spitze der Bewegung standen, wären kaum gewesen, besonders Hartmann-Nader. Wie Wille führte diese Rückschlüsse. Es folgen die Rückschlüsse.

Besonders wertvoll ist die Vergleichung des Arbeitsmarktes mit dem Vorjahr. Die Jahre 1901 bis 1904 bedeuten für Großbritannien eine Periode sehr ungünstiger Geschäftskonjunktur. Für die Arbeitslosigkeit ergab sich daraus ein Sinken um die ungeheure Summe von insgesamt 4,52 Millionen Mark wöchentlich. Demgegenüber wies das erste Halbjahr 1905 zwar eine Fortsetzung dieser Abwärtsbewegung der Löhne auf, doch jedoch in der zweiten Jahreshälfte einem Anziehen derselben nach. Es ergab sich als Gesamtergebnis eine Lohnminde rung um nur 40 000 Mark, welche im laufenden Jahr in seinem ersten Teile einer Lohnsteigerung um 5,2 Millionen Mark Wochenlohn Blaz machte. Nach den vorläufigen Ergebnissen der ersten drei Quartale des laufenden Jahres ist die Lohnverhöhung nunmehr sogar auf 8,5 Millionen Mark Wochenlohn angewachsen, woson die Bergleute und die Textilarbeiter den Löhnenantrag erhielten.

Bezüglich der Arbeitslöschne im Jahre 1905 sei noch angeführt, daß lediglich das Sinken der Gedinge in der Schlechthandelszeit um 260 000 Mark Wochenlohn an 201 000 beschäftigte Arbeiter überdeckt eine Lohnminde rung als Gesamtergebnis bewirkte, da die Zahl der Arbeiter, welche Lohnverhöhung erzielten, fast die Zahl dieser überwog, die sich Veränderungen gefallen lassen müssten.

Vergleicht man die Bewegung der Arbeitslöschne in allen Berufsbewegen (Handelswirtschaft, Seefahrt und Eisenbahndienstleistungen ausgenommen) mit denen der letzten Jahr, so ergibt sich als Gesamtergebnis eine Lohnverhöhung um mehr als 4 Millionen Mark Wochenlohn. Die Lohnabnahme der letzten fünf Jahre reichte nicht einmal heran an die Erhöhung allein im Jahre 1900. Bei den Bergarbeitern verlor sich sich ähnlich.

Obwohl nun auch im abgelaufenen Jahre die Hauptursache der Arbeitslosigkeit blieb, machten die Ausstände in Großbritannien lediglich 2,1 p.M. der Ursachen der Lohnveränderungen aus. Dabei waren sie im Berichtsjahr noch höher als in dem vorhergehenden. Dagegen wurden mehr als 44 p.M. der Veränderungen erzielt durch die verschiedenen Methoden der Eingang.

Bezüglich der Veränderung der Arbeitszeit im Jahre 1905 wird berichtet, daß von solcher 950 085 Arbeiter betroffen wurden, von welcher Zahl 90179 ihre Arbeitszeit zu verkürzen vermochten. Die über große Mehrzahl von ihnen entfiel auf Bankhandarbeiter.

Ein evangelischer Zeitschreiber an dem Kursus der evangelischen Arbeitervereine im Mai d. J. in Dresden schreibt uns, daß wir den christlichen Gewerkschaftsbeamten Rössenbeul in voriger Nummer richtig charakterisiert haben. Der junge Mann habe während des Kursus selbst auf seine christlichen Kollegen den Eindruck großer Unserfahrent und Unreife gemacht.

Am Sonnabend, 10. November, fand in Stettin eine Versammlung des Brauergesellenvereins statt, an welcher auch die noch unorganisierten Kollegen und Mitglieder des sozialdemokratischen Brauereiarbeiterverbandes eingeladen waren. Unser Kollege, Abg. Karl Goldschmidt, sprach über den Angriff der Brauer an dem Verband der Deutschen Gewerbevereine und erörterte hierbei auch die Frage, wie die Lage der Brauergesellen im Rahmen der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung durch Selbsthilfe und gelegten Schutz gebedeckt werden könne. Der Vortrag fand bei der Versammlung lebhaften Beifall. Nach einer regen Diskussion, an welcher auch die Zentralverbände teilnahmen, beschlossen die Mitglieder des Brauergesellenvereins einstimmig den Angriff an den Verband der Deutschen Gewerbevereine. Zu Ortsverbandvertretern wurden der Vorsitzende Kollege Luhm und der Kollege Franke gewählt. Fünf neue Mitglieder traten dem Verein bei und gaben dabei ihrer Freude Ausdruck über den Angriff an die Deutschen Gewerbevereine.

Streikarbeit zu leisten hatten während des Buchbinderkreises die Buchbindler einer Berliner Firma abgelehnt, weshalb sie entlassen wurden. Einer der Entlassenen verklagte seinen Arbeitgeber auf eine vierzehntägige Lohnentziehung, weil die Entlassung ohne Annullierung der Entlassungsurkunde erfolgt war. Das Berliner Gewerbezgericht wies den Klager ab.

Der Arbeitsmarkt in Großbritannien im Jahre 1905. Die Veränderung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes wird in Großbritannien mit ganz anderer Genauigkeit verfolgt als bei uns. Dem Bedürfnisse nach rascher Orientierung trug eine kurz nach Jahresbeginn erfolgende Zusammenstellung der monatlichen in der "labor Gazette" ("Arbeitszeitung") nach den Angaben der Gewerbevereine erfolgte. Dagegen erfolgt zu späteren Zeitpunkten eine genaue Nachprüfung und weitere Berechnung, die dann ebenfalls sofort veröffentlicht wird. In dem nunmehr erschienenen 13. Bericht werden auch die Ergebnisse des ersten Halbjahrs 1906 mitgeteilt.

Besonders wertvoll ist die Vergleichung des Arbeitsmarktes mit dem Vorjahr. Die Jahre 1901 bis 1904 bedeuten für Großbritannien eine Periode sehr ungünstiger Geschäftskonjunktur. Für die Arbeitslosigkeit verfolgt als bei uns. Dem Bedürfnisse nach rascher Orientierung trug eine kurz nach Jahresbeginn erfolgende Zusammenstellung der monatlichen in der "labor Gazette" ("Arbeitszeitung") nach den Angaben der Gewerbevereine erfolgte. Dagegen erfolgt zu späteren Zeitpunkten eine genaue Nachprüfung und weitere Berechnung, die dann ebenfalls sofort veröffentlicht wird. In dem nunmehr erschienenen 13. Bericht werden auch die Ergebnisse des ersten Halbjahrs 1906 mitgeteilt.

Besonders wertvoll ist die Vergleichung des Arbeitsmarktes mit dem Vorjahr. Die Jahre 1901 bis 1904 bedeuten für Großbritannien eine Periode sehr ungünstiger Geschäftskonjunktur. Für die Arbeitslosigkeit verfolgt als bei uns. Dem Bedürfnisse nach rascher Orientierung trug eine kurz nach Jahresbeginn erfolgende Zusammenstellung der monatlichen in der "labor Gazette" ("Arbeitszeitung") nach den Angaben der Gewerbevereine erfolgte. Dagegen erfolgt zu späteren Zeitpunkten eine genaue Nachprüfung und weitere Berechnung, die dann ebenfalls sofort veröffentlicht wird. In dem nunmehr erschienenen 13. Bericht werden auch die Ergebnisse des ersten Halbjahrs 1906 mitgeteilt.

Vergleicht man die Bewegung der Arbeitslöschne in allen Berufsbewegen (Handelswirtschaft, Seefahrt und Eisenbahndienstleistungen ausgenommen) mit denen der letzten Jahr, so ergibt sich als Gesamtergebnis eine Lohnverhöhung um mehr als 4 Millionen Mark Wochenlohn. Die Lohnabnahme der letzten fünf Jahre reichte nicht einmal heran an die Erhöhung allein im Jahre 1900. Bei den Bergarbeitern verlor sich sich ähnlich.

Obwohl nun auch im abgelaufenen Jahre die Hauptursache der Arbeitslosigkeit blieb, machten die Ausstände in Großbritannien lediglich 2,1 p.M. der Ursachen der Lohnveränderungen aus. Dabei waren sie im Berichtsjahr noch höher als in dem vorhergehenden. Dagegen wurden mehr als 44 p.M. der Veränderungen erzielt durch die verschiedenen Methoden der Eingang.

Bezüglich der Veränderung der Arbeitszeit im Jahre 1905 wird berichtet, daß von solcher 950 085 Arbeiter betroffen wurden, von welcher Zahl 90179 ihre Arbeitszeit zu verkürzen vermochten. Die über große Mehrzahl von ihnen entfiel auf Bankhandarbeiter.

Gesundheitsverbündnisse, durch Geschicklichkeit und Schulung, durch Arbeitslust usw. Wo eine Not der Heimarbeiter vorhanden sei, habe sie in häufigen Fällen ihre Urlaube in der Ungelötlösung der Arbeitskräfte.

Das mit Lohnabzetteln reichlich ausgestattete Werk geht zum Schluß auf die Heimarbeit als Gegenstand zur Wirtschaftspolitik über. Die Denkschrift behandelt die Einschränkung der Heimarbeit durch gesetzliche Maßnahmen, die Verpflichtungspflicht der Heimarbeiter, die Regelung der Arbeitszeit, die Besserung der Lohnverhältnisse und den Heimarbeiterzuschlag. Allerdings spricht aus den Betrachtungen und Erwägungen der mancherheitlich gesinnte Unternehmer, der in dem freien Spiel der Kräfte groß geworden und jugendliche Müttern nicht gern übernimmt. Der Register erwähnt, die Anmeldung der Heimarbeiter an die Gewerbebehörde, erscheint der Handelskammer wenig sympathisch und für ein gelegentliches Vorgehen ungeeignet, weil dadurch die Beamtenfrauen und Beamtenmädchen vor der Heimarbeit abgedreht werden, was ja auch der Zweck des Meldezwanges ist. Wenn die höhere Tugend sich lehrt, der Behörde gegenüber sich als Arbeitnehmer zu betonen, mag sie die Finger von der Heimarbeit lassen.

Was die von Arbeitern geforderten Betriebsverfassungen anbelangt, so folgert die Denkschrift, daß diese in größerem Umfang nur von kapitalistischen Firmen erreicht werden können, wodurch aber die kleineren Geschäfte zum Erliegen gebracht würden.

Vorstehende Stichproben mögen für heute genügen, um darzulegen, daß die Tendenz der Denkschrift darauf abzielt, das Eindringen der Regierung gegen die Schäden und Mißstände der Heimarbeit zu erschweren oder hinauszutragen. Das menschliche Elend, das diese Arbeitsweise in sich birgt, läßt die Kaufmannschaft falt. Darum find auch die Kaufleute des Handelskammerberichts mit Vorliebe aufzunehmen. Nicht etwa die Richtigkeit der Geschäftsbücherausfüllung soll angezeigelt werden, die von Unternehmern verschiedenartigen Parabelhöhe der Qualitätssicherung sind in der Regel wahrheitsgemäß. Jedoch läßt die statistische Beweisführung das Bestreben erkennen, das Leid der Heimarbeit in möglichst rosigem Licht erscheinen zu lassen. Den Eindruck, den die Heimarbeiter-Ausstellung auf den Beobachter macht, war tief und eindrücklich, er wählt das soziale Gewissen aus. Die Handelskammer hingegen beschwichtigt die quälernden Empfindungen. Sie unterstellt die Heilsmittel, mit welchen die Krankheit behoben werden soll, einer chemischen Analyse, um von der Anwendung abzuraten. Der Sinn des landwirtschaftlichen Gutachtens geht dahin, daß man zwar dieses oder jenes Mittel versuchen könne, das aber bei freier Käuflichkeit ohne staatliche Einmischung dem Interesse der Heimarbeiter am besten gedient sei.

V. B.

Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Sozialstatistik der Vereinigten Staaten von Nordamerika arbeitet mit der nämlichen Geschwindigkeit und Präzision, welche dort die neuesten Maßnahmen auszeichnet. Schon seit einiger Zeit bestehen wir eine genau vergleichbare Erhebung über Arbeitslöhne, Arbeitszeit und Lebensmittelpreise über das abgelaufene Jahr 1905, welche in den meisten anderen amtlichen Statistiken noch rückständig ist, die damit erst an die Deutlichkeit gelangen, wenn das Interesse daran vorübergegangen ist.

Von der Erhebung über die Löhne und Arbeitszeiten sind allerdings bedeutende Erwerbszweige, wie Bergbau, die Landwirtschaft, das Transportgewerbe und viele andere wichtige, wie auch alle kleineren Berufszweige ausgeschlossen worden. Sie beschränkt sich auf Stichproben. Dennoch behält das Resultat keinen Wert, besonders durch Vergleichung mit anderen Beträumen.

Diese Vergleichung ist durchgeführt so gegenüber dem Durchschnitt der Periode 1890—1899 wie gegenüber dem Vorjahr 1904. Die Löhne sind gegenüber jenem früheren Zeitraume gestiegen um 18,6 pCt., gegenüber dem Vorjahr um 1,6 pCt. Die Arbeitszeit blieb gegenüber dem Vorjahr im ganzen unverändert, während sie gegenüber der früheren Durchschnittsperiode um 4,1 pCt. sank.

Gegenüber diesen erheblichen Fortschritten zugunsten der Arbeiter ist es aber von großem Interesse festzustellen, daß gemessen an den Preisen des Lebensmittel, die Kaufkraft der wöchentlichen Arbeitslöhne im abgelaufenen Jahre 1905 nur gegen den Durchschnitt der Jahre 1890—1899 um 1,4 pCt. erhöhte und ihre Kaufkraft geringer war als in den Jahren 1896, 1897, 1899, 1900 und 1903.

Eine sehr interessante Zusammenstellung über die Arbeitslöhne und die Arbeitszeit in den einzelnen Erwerbszweigen verschiedener Großstädte bestätigt die alte Erfahrungstatsache, daß die Gewerbe mit den längsten Arbeitszeiten am schlechtesten

entlohnt sind und umgekehrt. So erhalten z. B. Maurer und Glasierer, welche durchgängig nur 44 Stunden wöchentliche Arbeitszeit haben, Löhne, die sämtlich mehr als 2 Ml. pro Stunde betragen, auch die Akkordarbeiten wurden der Vergleichbarkeit halber auf Stundenlöhne berechnet und die gleichen Löhne teilweise erheblich noch übersteigen. Dagegen mukten sich Tischler und andere Holzarbeiter, die durchgängig 54—56 Stunden an wöchentlicher Arbeitszeit aufzuwenden, mit Stundenlöhnen begnügen, die etwa die Hälfte der obigen erreichten und nicht viel über 1 Ml. betragen, was allerding nach deutschen Beurteilen noch exorbitant hoch ist. Die längere Arbeitszeit gewährte ihnen also keinen Erfolg für ihr geringeres Einkommen.

Sehr wichtig und lehrreich für die gegenwärtige Zeiterungsperiode, welche die deutschen Arbeiter durchmachen haben, ist der Vergleich mit den Detailpreisen der wichtigsten Lebensmittel, von denen 30 aufgeführt werden. Darunter befinden sich solche, die in Deutschland bei der Arbeitervölkerung leider keine Rolle spielen, wie natürliche Thee, Hammel, Hirschfleisch usw. Gegen das Vorjahr zogen 23 der 30 Lebensmittelarten im Jahre 1905 im Preise an, doch war die Veränderung nur unerheblich. Im ganzen zeigten die Lebensmittelpreise in den Jahren 1900 bis 1902 eine starke Tendenz zum Steigen, in den Jahren 1903—1904 zum Fallen mit der bemerkenswerten Ausnahme von Rehl, das damals gerade rapid im Preise stieg. Sie erhöhten sich wieder im abgelaufenen Jahre. Tier und Schnitt sind am stärksten gestiegen. Wir haben, wie die Zeiterung der Lebensmittel die Lohnherhöhung auch in einem Lande mit so reichlichen und billigen Lebensmitteln fast ganz illusorisch machen.

Der Rückblick auf die Heimat liegt nahe, nur daß hier bei der Zeiterung der Lebensmittel nicht natürlich, sondern künstlich Urtheile bestimmt waren und die Lohnherhöhung wohl viel bescheidener war und sich in geringen Grenzen hielte.

Aber eine so genaue und schnelle Erhebung wie drüber wäre auch für uns dringend zu wünschen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 13. November 1906.

Gestern Abend, also am Vorabend des Wiederaufzutritt des Deutschen Reichstags, veröffentlicht der Reichsangehörige die Entlastung des Landwirtschaftsministers v. Poddtschi. Vänger war er nicht zu halten, denn nun hätte er vor dem Reichstag erscheinen müssen, dazu dürfte ihm aber doch die Parole gefehlt haben.

Die Schweinepolitik kostet dem deutschen Volke eine jährliche Mehrausgabe von mehr als einer Milliarde Mark. Das ist unerhört!

Heute geht in dieser Sache folgende Resolution an den Reichstag:

In Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes richtet der Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine (D.G.) im Namen seiner Mitglieder an den Reichstag die dringende Aufforderung, von der Reichsregierung schlechte Maßnahmen zu verlangen zur Wiederherstellung und schließlich die Befreiung der unerträglich hohen Fleischtreiberei. Zunächst möchte eine dauernde möglichst weite Defension der Grenzen für die Einsicht lebenden Vieches und Aufhebung des Verbots der Einfuhr frischgekochtes bzw. einer Herabsetzung des ungeniehen Zölle auf frisches Fleisch angesetzt werden. Zur Förderung der Fleischproduktion auf deutschem Boden empfiehlt der Zentralrat die Aufhebung der Zölle auf Buttermittel, um die Biestfleisch auch bei möglichen Preisen für die Bandwirte aufzudecken lohnen zu gestalten. Schließlich fordert der Zentralrat mit Rücksicht auf die Tatfrage, daß gleichzeitig mit dem Fleisch auch alle oder doch die meisten übrigen notwendigen Lebensmittel im Preise gestiegen sind, eine schläfrige Revision des gesamten Zolltariffs zwecks Ermäßigung bzw. Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel. Die Kosten des Reiches sind durch eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer aufzubringen. Der Zentralrat richtet sodann an die Reichs- und Staatsbehörden noch die dringende Bitte, die Dienstleistungskosten der in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter und unteren Beamten der großen Zeiterung entsprechend zu erhöhen.

Die Regierung wird böse Dinge zu hören bekommen, wenn sie in dieser Woche wegen der Fleischnotpolitik befragt wird. Möge sie wenigstens jetzt und zwar recht bald den glücklichen Mut finden, das Volkswerte höher zu stellen als das bisher von ihr mit inbrünstiger Liebe gehabte Interesse der Agrarier. Das Wohl des Volkes ist das höchste Gesetz!

Einen volkswirtschaftlichen Aufsatz veranstaltet der Zentralrat für die Gewerbevereinsmitglieder von Berlin und Umgegend.

Die Vorlesungen hat Herr Seeherrat Prof. Dr. v. Galleglyt übernommen und finden dieselben in den Monaten Dezember bis Februar an den Sonntagnachmittagen von 10—12 Uhr in unserm Verbandsgebäude statt. An die Vorträge schließt sich jedesmal eine Diskussion an.

Der Kursus beginnt am Sonntag, 2. Dezember, vormittags 10 Uhr. Verbandsgenossen und Genossinnen, die gewillt sind, an dem Kursus teilzunehmen — Kosten entstehen daraus nicht — wollen dies mit Postkarte sofort dem Verbandsbüro mitteilen.

Die Streikbrecher im "Vorwärts" dehnen sich über den Beschuß der Gewerbevereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter und demunieren die Gewerbevereine wieder einmal als "Streikbrecher", weil die Verfilmung der Gewerbevereine den Streikbrecher den Hirsch-Dunderhaften Gewerbevereine bei Siemens & Halske geblüft habe. Der "Vorwärts" definiert den Begriff "Streikbrecher" nämlich in recht eigenartiger Weise:

"Dem Streikbrecher ist es und bleibt es, wenn ein Arbeiter gegen den Beschuß der Majorität seiner Kollegen die Beteiligung an einer Bewegung unterläßt. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob er der Organisation dieser Mehrheit, einer anderen Organisation oder gar keiner angehört. Soviel hätte ja der Unorganisierte das Recht, den Beschuß der organisierten Kollegen außer acht zu lassen und an der Arbeitsstelle zu verbleiben, die tiefe zu lassen. Wird dieses Bleiben von der Organisation der Winderpert (aufstreiken), so handelt es sich dann eben um organisierten Streikbrecher, um Arbeiterverrat allemal!"

Die Redakteure des "Vorwärts" sind als Streikbrecher auf ihre Kosten gekommen. Das muß immer wieder festgestellt werden, insbesondere in einem Falle wie diesem, wo dem gefundenen Menschenverstand Gewalt angestellt wird. Die Gewerbevereine haben den Streik nicht mitgemacht, weil sie zu den Vorberatungen nicht herangezogen und weil sie einen Streik aus so wichtigen Ursachen, wie er bei Siemens & Halske war, durch Siemens & Halske durch die "Zielbewußtigkeit" verhindert worden ist, nicht billigen können (S. Nr. 49). Wir denken gar nicht daran, uns blindlings zu beugen und damit die Selbstständigkeit unserer Organisation nicht sozialdemokratischen Liebhabern zu öffnen. Das wäre eine schöne Koalitionstreifheit, wenn sie darin bestünde, daß organisierte Arbeiter eins auf der sozialdemokratischen Herrschaft zu unterwerfen hätten. Das mag der "Vorwärts" streichen und beladen zu tun, nicht aber verhindern und selbstständigen Männern.

Die Siebenkommission hatte am letzten Freitag in Cijen wieder eine Sitzung, deren Verhandlungen geheim gehalten werden. Es folgte sodann eine Sitzung in Gemeinschaft mit den Vorständen der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen. In dieser wurde mitgeteilt, daß von den bergbaulichen Vereinigungen und Zechen in Schlesien und Sachsen 28 ablehnende Antworten eingingen würden. Die Bergverwaltungen Schlesiens hätten auch die Anerkennung der Grubenabschläge abgelehnt. Beifällig der Sperrfeier im Ruhrgebiet sei von einigen Zechenvertretern erklärt worden, daß sie die Sperrfeier aufgegeben hätten. Ein anderer Teil habe aber zugegeben, daß fremdenarbeitliche Abmachungen über das Anlegen bestanden. Beifällig der 10 prozentigen Lohnherhöhung bekräftigt ein Teil der Zechen, daß die Lohnherhöhung schon erfolgt sei, andere wieder stellen zum 1. April eine 10 prozentige Lohnherhöhung in Aussicht. Zu einem Fall soll diese schon am 1. November erfolgen. Die Siebenkommission legte den Organisationsvorständen folgende Beschlusfaßung vor:

1. Die Entschließung über die weiteren Wege in der Lohnherhöhung steht nicht fest zu fassen, sondern für den 21. November dieses Jahres Revierkonferenzen der größten Reviere einzuberufen und diesen die Entscheidung zu überlassen.

2. Die Organisationsvorstände haben ihre Zechenverwaltungen zu verpflichten, sofern sie eine Zechenstatistik, mindestens vom 1. Juli 1906 bis Schluß des Jahres 1906 der wirtschaftlichen Löhne anzuführen, die den Vorständen bis zweite Hälfte Januar einzufinden.

3. Wegen der ablehnenden Bescheide des Oberbergamts Dortmund in der Sperrfeierfrage auf den Gruben etwas hin zu können und gegen daß Nebenförderungen durchgreifend vorgehen zu können, sollen die Vorstände eine sofortige Eingabe an das Reichstagssparlament befehlen und reichsgerichtliches Eingreifen verlangen.

4. Schließlich wird der Bergabendkonferenz nach empfohlen, auch gegen den Lebensmittelverwertung an die Reichsregierung und den Reichstag eine Eingabe abzugeben, dabliebend, daß die Reichsregierung und der Reichstag schriftlich Mittel und Wege beschreiten, um eine Verbilligung der Lebensmittel, ganz besonders der Fleischpreise, herbeizuführen.

Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.

